



c/o Petra Müller-Wille/ Harald Kuntze  
[mueller-wille@t-online.de](mailto:mueller-wille@t-online.de)  
[harald.kuntze@gmx.de](mailto:harald.kuntze@gmx.de)  
65199 Wiesbaden  
Telefon: 0170/2016379

**Ortsbeiräte und Stadtverordnete Felsenstr.24**

**Herrn**

**Stadtrat Dr. Oliver Franz**

**Per Mail: [Dezernat.VII@wiesbaden.de](mailto:Dezernat.VII@wiesbaden.de)**

**Wiesbaden, 21. Januar 2016**

**Offener Brief von 19 Ortsbeiratsmitgliedern von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus 10 verschiedenen Ortsbeiräten und 11 Stadtverordneten<sup>1</sup> von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum neuen Straßenreinigungssystem im Januar 2016**

Sehr geehrter Herr Dr. Franz,

in einer Auflage von 134.404 Stück flatterte den Wiesbadener Haushalten zu Weihnachten 2015 und in der zweiten Kalenderwoche 2016 der Info-Brief der Entsorgungsbetriebe der Stadt Wiesbaden (ELW) zum neuen Straßenreinigungssystem 2016 ins Haus. Auf der Titelseite wird uns darin mitgeteilt: „Das neue Straßenreinigungssystem wurde systematisch vorbereitet und hat in den zuständigen Gremien breite Zustimmung erfahren.“

Wir, 19 Ortsbeiratsmitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus 10 verschiedenen Ortsbeiräten und 11 Stadtverordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenden uns hiermit an die Wiesbadener Öffentlichkeit, um klarzustellen, dass diese Aussagen **nicht** richtig sind.

Das neue Straßenreinigungssystem wurde im November / Dezember in einem eiligen Abstimmungsverfahren durch die Ortsbeiräte getrieben, ohne dass wir - geschweige denn die betroffenen Bürgerinnen und Bürger - rechtzeitig und umfassend über Planungen und Vorhaben informiert wurden und genügend Zeit blieb, um die umfangreiche Systematik im Detail zu überprüfen oder Änderungswünsche zu berücksichtigen.

Der Magistrat hatte seinen Beschluss schon im Vorfeld getroffen und unsere Abstimmungen wurden dadurch zu einer Farce.

---

<sup>1</sup> 5 der 11 Stadtverordneten haben in Doppelfunktion ebenfalls als Ortsbeiratsmitglieder unterschrieben.

Dem Wiesbadener Kurier konnten wir in seiner Ausgabe vom 6. Januar 2016 entnehmen, dass 11 von 18 betroffenen Ortsbeiräten das neue System abgelehnt oder die Abstimmung verschoben haben und andere erhebliche Bedenken hatten. Hier von einer breiten Zustimmung zu sprechen, grenzt unserer Meinung nach an eine bewusste Irreführung der Bevölkerung.

Frank Sand von der Stabsstelle Sauberes Wiesbaden berichtet laut Wiesbadener Kurier vom 5. Januar 2016 von zwei Dritteln unzufriedener Anruferinnen und Anrufern und empfiehlt den Bürgerinnen und Bürgern zu klagen, damit die Stadt eine rechtliche Sicherheit für ihre Berechnungsgrundlage habe. Wir fragen: Was ist hier systematisch vorbereitet? Sieht so eine breite Zustimmung aus?

Die Große Koalition hat sich in der Stadtverordneten-Sitzung am 17.12.015 über unsere Argumente und unsere Voten hinweggesetzt und dem neuen Straßenreinigungssystem zugestimmt.

Jetzt, wo der Unmut unter den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern unüberhörbar wird, sollen es die Ortsbeiräte richten. In einer erneuten Schnellaktion werden wir mitten in den Weihnachtsferien per E-Mail am 6.1.2016 aufgefordert, bis zum 15.01.2016 - „um eine entsprechende Vorbereitung gewährleisten zu können“ - uns unverständliche Eingruppierungen zu melden.

Wir sollen die Straßen unserer Ortsbezirke ohne Expertenwissen analysieren und als kostenlose Hilfssachbearbeiter(innen) den Entsorgungsbetrieben die Arbeit abnehmen. Woher sollen wir beispielsweise wissen, wie sich das wissenschaftliche Kriterium der Kirchendichte zu der erforderlichen Reinigungshäufigkeit verhält?

Es gibt erste Rückmeldungen aus der Bevölkerung, dass die Bürgersteigbreite, die zu bestimmten Eingruppierungen die Grundlage bildet, nicht korrekt ist. Sollen die Ortsbeiratsmitglieder jetzt mit dem Zollstock durch ihren Ortsbezirk laufen, weil die wissenschaftlichen Kriterien hier ein bisschen ungenau waren? Bei über 100 Straßen in einem Ortsbezirk, könnten wir so 200 Bürgersteige rechts und links der Straßen nachmessen?

In vielen Fällen werden wegen der räumlichen Zuordnung und des Quartiersbezugs, um den Einsatz der Kehrmaschinen zu optimieren, sowieso alle angelegten wissenschaftlichen Kriterien zur Seite gewischt.

Nicht mehr die ordnungsgemäße und sparsame Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben stehen dabei im Vordergrund, sondern unserer Meinung nach harte, wirtschaftliche Interessen der Wiesbadener Entsorgungsbetriebe. Die Gebiete innerhalb des II. Rings werden durch die Zunahme der Gehwegreinigungen in hohem Umfang hochgestuft und **auf viele Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger kommen massive Gebührenerhöhungen zu.**

Die Stadtverordneten von CDU und SPD fragen wir, wo die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger bei dieser Gebührenausschüttung bleiben. Das Wohnen in der Stadt Wiesbaden wird seit Jahren immer teurer, zusätzliche Gebühren sind für viele nicht mehr zu stemmen.

Offen ist auch die soziale Frage in den Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaften, die privat billiger reinigen lassen können z.B. im Schelmengraben und nun bei ELW-Reinigung wesentliche höhere Nebenkosten (Stichwort Wohngeld) produzieren werden.

Auf der anderen Seite wird Bürgerinnen und Bürgern die ELW-Reinigung ohne eine Option auf Fortführung gekündigt, so dass diese ggf. auch gegen ihren Willen nun fortan selber reinigen bzw. sich um einen privaten Reinigungsservice kümmern müssen. Andere Menschen in anderen Stadtteilen wollen weiterhin selbst reinigen und dürfen es nicht mehr.

Im Sinne einer alternativen Methodik der Straßenreinigung ist das Pariser Modell intensiv zu prüfen und die Ergebnisse des Versuchs den Ortsbeiräten und der Bürger zeitnah vorzustellen.

Wir verstehen unsere Arbeit im Ortbeirat als Gremienarbeit. Vor dem 15. Januar fanden keine Ortsbeiratssitzungen mehr statt. Deshalb lehnen wir die geforderten Rückmeldungen ab. Was wir brauchen ist Transparenz und rechtzeitige und umfassende Information. Die Leitlinien für Bürgerbeteiligung, die von den Wiesbadener Bürgerinnen und Bürgern selbst erarbeitet wurden, müssen endlich umgesetzt werden, statt sie - wie CDU und SPD es derzeit machen - in der Schublade verschwinden zu lassen.

Wir lehnen das jetzige Vorgehen ab und fordern das Aussetzen der zweiten Stufe sowie die Überarbeiten der ersten Stufe des neuen Straßenreinigungssystems und eine Neubearbeitung, bei der Magistrat und die Verwaltung wieder zu einem ordnungsgemäßen Handeln zurückkehren und bei derart wichtigen und einschneidenden Änderungen eine ordentliche und zeitlich angemessene Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit eingeplant wird.

*gezeichnet:*

Für den Ortsbeirat		Grüne Stadtverordnete:
		Felix Kisseler Christiane Hinnerger Hendrik Seipel-Rotter
<b>Biebrich</b>	Heike Denne Walter Hosch Dorotheé Müller-Andes	Heike Denne* Dorotheé Müller-Andes*
<b>Dotzheim</b>	Harald Kuntze Carola Pahl Dr. Hanjo Hubitsch	Axel Hagenmüller
<b>Mitte</b>	Dr. Guido Haas	
<b>Nordost</b>	Gabriela Schuchalter-Eicke	Gabriela Schuchalter-Eicke*
<b>Südost</b>	Petra Müller-Wille Eugen Thielen Jürgen Bechstein	Barbara Düe
<b>Rheingauviertel</b>	Gabriele Kammerer	
<b>Kastel</b>	Ronny Maritzen	Ronny Maritzen*
<b>Schierstein</b>	Walter Richters Dr. Petra Fabri-Richters Thomas Mahler	
<b>Klarenthal</b>	Katja Reitz Karl Braun	Karl Braun*
<b>Nordenstadt</b>	Christiane Jouaux-Frönd	
<b>Auringen</b>		Claus-Peter Große

\*Diese 5 Stadtverordneten haben in Doppelfunktion ebenfalls als Ortsbeiratsmitglieder unterschrieben.